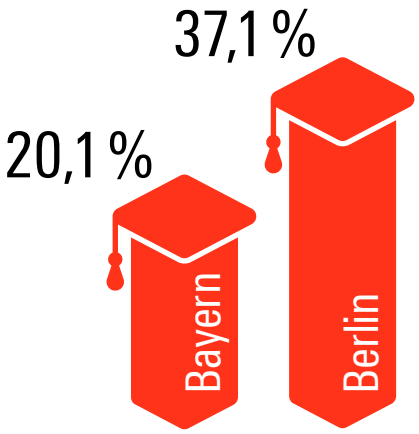
kurz & **bündig**

02
2025

BILDUNGSUNGLEICHHEIT IN DEUTSCHLAND

WORUM GEHT ES?

Bildung spielt sowohl für jede*n Einzelne*n eine herausragende Rolle als auch für die Gesellschaft als Ganzes. Für uns als Einzelne bedeutet sie den Erwerb von Wissen und Fähigkeiten, sie ist Voraussetzung für kritisches Denken und verantwortungsbewusstes Handeln. Zugleich stellt Bildung eine der zentralen Grundlagen für die persönliche und auch die berufliche Entwicklung dar. Für die Gesellschaft ist die Bildung ihrer Mitglieder die Voraussetzung nicht nur für ihre wirtschaftliche, sondern vor allem auch für ihre politische und demokratische Entwicklung. Denn nur Menschen, die die Welt verstehen, sind in der Lage, sie auch zu verändern. Aus diesem Grund ist Bildung ein zentrales Politikfeld. Und die Art und Weise, wie sie organisiert ist, sagt einiges über die Verfasstheit der jeweiligen Gesellschaft aus.



Unerwartete Zahlen: In Bayern ist die Chancenungleichheit unter Kindern am größten. Für ein Kind, dessen Eltern kein Abitur und ein niedriges Einkommen haben, beträgt die Chance, ein Gymnasium zu besuchen, nur **20,1 Prozent** – in Berlin sind es **37,1 Prozent**.[1]

In Deutschland existiert seit dem 19. Jahrhundert ein dreigliedriges Schulsystem, das aus Volksschule, Mittel- bzw. Realschule und Gymnasium besteht. Dieses System sollte bei seiner Einführung dafür sorgen, dass die Stände (Arbeiter*innenklasse, Mittel- und Oberschicht) die ihnen «gemäße» Bildung erhielten. Da die unterschiedlichen Schulabschlüsse aber verschiedene berufliche Laufbahnen ermöglichen, sichert das gegliederte Schulsystem die Klassengliederung in Deutschland bis heute. So ist es nicht verwunderlich, dass der Bildungserfolg in Deutschland immer noch – und deutlich stärker als in anderen Ländern – von der Herkunft abhängt. An Diskussionen zur Schulstruktur lassen sich daher klassenpolitische Interessen ablesen.

1 Wößmann, Ludger/Schoner, Florian/Freundl, Vera/Pfaehler, Franziska: Ungleiche Bildungschancen: Ein Blick in die Bundesländer, in: ifo Schnelldienst 5/2024, ifo-Institut, München, www.ifo.de/DocDL/sd-2024-05-europa-2024-weichen-stellen.pdf

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

WER VERTRITT WELCHE POSITIONEN IN DER BILDUNGSPOLITIK?

Um Bildung für alle Kinder und damit Chancengerechtigkeit zu ermöglichen, forderten bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts Reformpädagog*innen, die KPD, die SPD und die Gewerkschaften die «Einheitsschule» für Kinder aller Klassen. Diese wurde in der DDR mit der «Polytechnischen Oberschule» realisiert – allerdings bestand mit der «Erweiterten Oberschule» ein beschränkter Zugang zum Abitur als Voraussetzung für ein Hochschulstudium. Mit der Wiedervereinigung wurde das gegliederte Schulsystem auch in den neuen Bundesländern wieder eingeführt.

Zwar eint alle im Bundestag vertretenen Parteien – ebenso wie die Gewerkschaften – das Ziel einer guten Bildung ebenso wie der Anspruch einer auskömmlichen Finanzierung – was das allerdings konkret bedeutet und wie gute Bildung zu erreichen ist, darin unterscheiden sich die Parteien erheblich. So stehen CDU/CSU, die FDP und vor allem die AfD für den Erhalt des gegliederten Schulsystems, insbesondere für den Erhalt des Gymnasiums. Mit diesem sehen sie die Leistungsgerechtigkeit, die individuelle Förderung und die Wahlfreiheit der Eltern verwirklicht. Insbesondere die AfD setzt dabei auf «Selektion» in der Bildungslaufbahn. Im Unterschied dazu unterstützt die SPD zwar das Gymnasium, will es aber zugänglicher machen und überdies Gesamtschulen etablieren, um die Chancengleichheit zu erhöhen. Auch die Grünen wollen das Gymnasium erhalten, legen ihren Schwerpunkt aber auf Gesamtschulen und die Vermeidung einer frühen Trennung in unterschiedliche Bildungswege. Die Linke ist die einzige Partei im Bundestag, die fordert, alle Schulformen durch die inklusive Schule für alle zu ersetzen. Diese Schule ist eine Ganztagsschule, die mittels binnendifferenzierter Förderung alle Abschlüsse ermöglicht. Diese Position wird auch seit vielen Jahren von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) unterstützt, die sich auf ihrem Gewerkschaftstag 2025 zur «Eine(n) Schule für alle» bekannte.

Auch bezüglich der Vorschläge zur Bildungsfinanzierung unterscheiden sich die Parteien deutlich, auch wenn sie sich dahingehend einig sind, dass in den vergangenen Jahren zu wenig in die Bildungsinfrastruktur investiert wurde. Allerdings erschwert die Zuständigkeit der Länder eine bundeseinheitliche und auskömmliche Finanzierung: Das sogenannte Kooperationsverbot erlaubt es dem Bund nur, sich über zeitlich befristete Sonderprogramme wie zum Beispiel das «Gute KiTa-Gesetz», das «Ganztagsförderungsgesetz», den «DigitalPakt Schule» und das zuletzt beschlossene «Startchancen-Programm» an der Finanzierung des Bildungssystems zu beteiligen. Für die Aufrechterhaltung des Bildungsföderalismus stehen insbesondere die CDU/CSU und die FDP, wobei Letzterer die Autonomie der Bundesländer besonders wichtig ist. Die AfD unterstützt zwar den Föderalismus, legt darauf aber keinen Fokus. Zwar hatte die SPD 2006 zusammen mit CDU/CSU und FDP die Föderalismusreform auf den Weg gebracht, die die Zuständigkeit der Länder für Bildung im Grundgesetz zementiert, bezeichnet dies mittlerweile jedoch als Fehler. Heute steht sie – ähnlich wie die Grünen – für eine Lockerung des Kooperationsverbots.

Einzig Die Linke und die Gewerkschaften (GEW und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, ver.di) sprechen sich für eine prinzipielle Aufhebung des Kooperationsverbots aus, um die finanzielle Ungleichheit der Bildungsfinanzierung der Länder auszugleichen und für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen. So forderte Die Linke bereits 2023 ein Sondervermögen für Bildung in Höhe von 100 Milliarden Euro – also deutlich vor dem aktuell beschlossenen Sondervermögen des Bundes für Infrastruktur und Klimaneutralität, bei dem allerdings noch nicht geklärt ist, wie hoch der Anteil für Bildung ist und wofür er genau eingesetzt werden kann.

Eine Spezifik innerhalb der Bildungsfinanzierung stellt der Sozialindex dar. Er wird in Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz angewendet und sorgt dafür, dass Ressourcen (Personal und Finanzen) verstärkt an Bildungseinrichtungen in herausfordernden Lagen fließen. Damit kann der Bildungsungleichheit entgegengewirkt werden. Allerdings verfügt die Mehrheit der Bundesländer nicht über einen Sozialindex.

Mit dem «Startchancen-Programm» des Bundes ist es erstmals gelungen, die Verteilung der Mittel nach einem Sozialindex zu erreichen. Das heißt, dass bundesweit 4.000 Schulen mit einem hohen Anteil an Kindern aus armen Familien, Familien mit Migrationsgeschichte und/oder «bildungsarmen» Familien mit zusätzlichem Personal, Programmen für den Erwerb von Grundkompetenzen (Sprache und Mathematik) und zusätzlichen Mitteln für die Schulentwicklung gefördert werden.

Entsprechend der Haltung zum Bildungsföderalismus gibt es auch Unterschiede bei den Vorstellungen zur Ausbildung von Lehrkräften. Zwar hat sich die Kultusministerkonferenz (die Konferenz der Bildungsminister*innen der Länder) bereits 2009 darauf geeinigt, dass jedes Bundesland die Ausbildung der benötigten Lehrkräfte absichert – die Realität sieht jedoch anders aus: Die Mehrheit der Länder stellt mehr Lehrkräfte ein, als sie ausgebildet hat, und kannibalisiert damit andere Länder. In der Konsequenz existiert seit mehr als 20 Jahren ein Lehrkräftemangel, der noch bis mindestens 2035 anhalten wird. Auch wenn die Bundesländer unterschiedlich stark betroffen sind, müssen alle inzwischen Seiten- und Quereinsteiger*innen einstellen, um die Stundentafel erfüllen zu können.

Auch schlägt sich der Lehrkräftemangel nicht an allen Schultypen gleichermaßen nieder: Insbesondere Sekundar- und Berufsschulen sind von ihm betroffen, während er an Gymnasien kaum vorkommt. Dadurch steigt die segregierende Wirkung des gegliederten Schulsystems. Denn der Lehrkräftemangel geht nicht nur zulasten von Unterrichtsqualität und Personal, sondern auch auf Kosten der Maßnahmen, die Bildungsungleichheiten reduzieren sollen und können: Inklusion, kleinere Klassen, differenzierter Unterricht durch zusätzliche Lehrpersonen.

Während die meisten Parteien am Bildungsföderalismus, also auch der Zuständigkeit der Länder für die Ausbildung der Lehrkräfte, festhalten, fordern Teile der SPD und Die Linke einen Staatsvertrag für Lehrkräftebildung. Er soll langfristig und verbindlich die bedarfsdeckende Ausbildung von Lehrkräften und deren Finanzierung absichern.

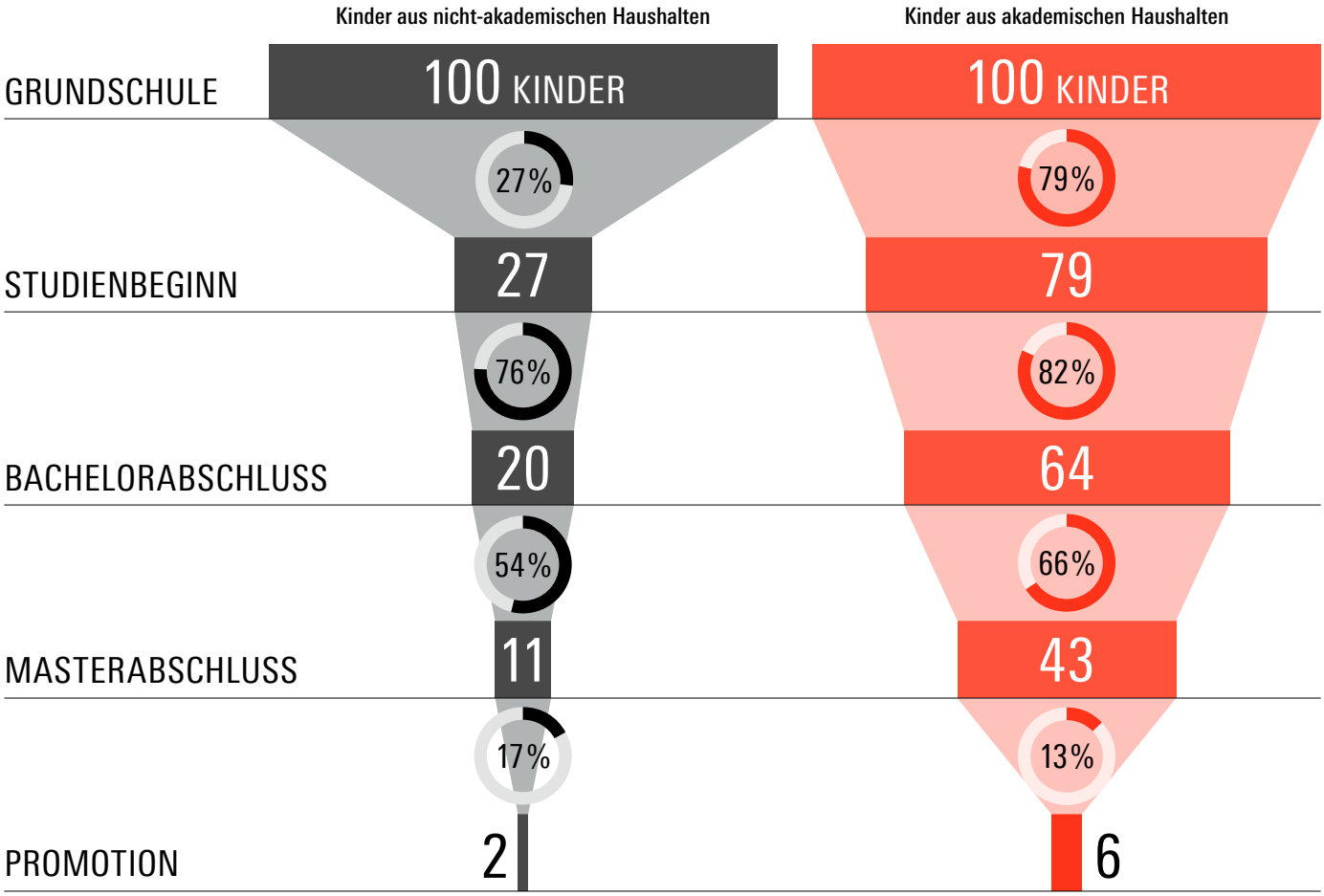
WICHTIGE ZAHLEN UND FAKTEN

Der sogenannte Bildungstrichter veranschaulicht sehr nachdrücklich, wie ungleich die Bildungschancen in Deutschland verteilt sind und wie stark der Bildungserfolg von der Herkunft bestimmt wird.

Was steckt hinter den Zahlen und wie sind sie einzuordnen? Das gegliederte Schulsystem in Deutschland ermöglicht die Reproduktion von Klassenstrukturen, indem Zugänge, insbesondere zum Gymnasium, dessen Abschluss die Voraussetzung für eine akademische Ausbildung darstellt, begrenzt werden. So entscheiden in der Regel Noten oder andere Formen der Bewertung (Probeunterricht oder Aufnahmetests) über den Zugang zum Gymnasium. Aufgrund der frühen Trennung, die meistens bereits nach Klasse 4 erfolgt, werden Kinder, denen eine entsprechende Unterstützung durch Eltern, durch Nachhilfe oder Ähnliches fehlt, an Schulen verwiesen, an denen sie kein Abitur machen können oder dafür deutlich länger bräuchten.

Die scheinbare Gerechtigkeit von Noten und die Annahme von Leistungsgerechtigkeit führen zu einem unintendierten Pakt zwischen Eltern, Lehrkräften und Politik, der für die Aufrechterhaltung des ungerechten Schulsystems sorgt. Ab den späten 1960er-Jahren wurde in den meisten Bundesländern mit der Gesamtschule neben Haupt-, Realschule und Gymnasium ein weiterer Schultyp eingerichtet, der alle drei Abschlüsse ermöglicht. In den 2000er-Jahren wurde das dreigliedrige Schulsystem in den meisten Bundesländern von einem zweigliedrigen abgelöst,

Der Bildungstrichter 2022



Quelle: Almstedt, Anouk: Fokus 2022. First Generation Students an der TU Braunschweig, www.tu-braunschweig.de/koordinierungsstelle diversity/fokus2022/konzept

das neben dem Gymnasium nur noch eine Sekundarschule vorsieht, auf der zwei oder drei Abschlüsse erworben werden können. Das Gymnasium war und ist jedoch sakrosankt. Und wo dies für die gewünschte Segregation des Nachwuchses nicht ausreicht, werden die Kinder der Oberschicht in eine der wie Pilze aus dem Boden schießenden Privatschulen geschickt, an denen das Schulgeld die Exklusivität sicherstellt.

«Unser aktuelles Bildungssystem dient ganz einfach dazu, die behauptete Leistungsgesellschaft zu rechtfertigen. Und die rechtfertigt wiederum, dass es Ungleichheiten in Deutschland gibt. In Wahrheit fördert ein gegliedertes Schulsystem eine Klassengesellschaft. Und die wiederum rechtfertigt, dass an Gymnasien weder Inklusion noch Integration von Kindern mit Fluchthintergrund gelebt wird …»

MARCEL HELBIG im Interview mit *fluter – Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung*, 11.10.2023, www.fluter.de/schule-bildung-ungleichheit-armut-interview-helbig

WAS IST ZU TUN?

Um den engen Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungserfolg in Deutschland aufzubrechen, sind folgende Maßnahmen erforderlich:

— flächendeckender Ausbau der frühkindlichen Bildung;
— Beteiligung insbesondere der Kinder aus benachteiligten Familien an frühkindlicher Bildung;
— Etablierung der «Eine(n) Schule für alle»;
— Ausbau des schulischen Ganztags in Qualität und Quantität;
— konsequente Umsetzung des Sonderungsverbots[2] an Schulen in privater Trägerschaft;
— Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für Bildungspolitik und Vergabe nach Sozialindex;
— Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern.

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

Bachsleitner, Anna/Lämmchen, Ronja/Maaz, Kai (Hrsg.): **Soziale Ungleichheit des Bildungserwerbs von der Vorschule bis zur Hochschule. Eine Forschungssynthese zwei Jahrzehnte nach PISA,** Münster 2022, www.pedocs.de/volltexte/2023/26079/pdf/Bachsleitner_et_al_2022_Soziale_Ungleichheit_des_Bildungserwerbs.pdf

Butterwegge, Carolin/Butterwegge, Christoph: **Kinder der Ungleichheit. Wie sich die Gesellschaft ihrer Zukunft beraubt,** Frankfurt a. M. 2021.

El-Mafaalani, Aladin: **Mythos Bildung. Die ungerechte Gesellschaft, ihr Bildungssystem und seine Zukunft,** Köln 2020.

Helbig, Marcel: **Die Kluft zwischen Gymnasien und nicht gymnasialen Schulformen. Warum wir eine neue Schulstrukturdebatte brauchen,** in: Die Deutsche Schule 4/2023, S. 333–344, www.pedocs.de/volltexte/2024/28414/pdf/DDS_2023_4_Helbig_Die_Kluft_zwischen.pdf

Zeddies, Victoria/Daniel, Annabell/Kühne, Stefan/Maaz, Kai: **Herkunft, Schulform, Wunschberuf. Wie sich berufliche Aspirationen in Abhängigkeit von Sozialstatus und Schulkontext entwickeln,** in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 4/2025, S. 125–149, https://doi.org/10.1007/s11618-024-01280-1

2 Das Grundgesetz Art. 7 Abs. 4 verbietet Privatschulen die Auswahl ihrer Schüler*innen nach Einkommens- und Besitzverhältnissen (Sonderungsverbot).

IMPRESSUM__kurz & bündig wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Henning Heine | Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de | ISSN (Print) 2944-7097, ISSN (Online) 2944-7100
Redaktionsschluss: Oktober 2025 | Autorin: Katrin Schäfgen | Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin | Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.